

WIR EURO PÄER

Mitteilungsblatt der Union
Europäischer Föderalisten
(UEF) und des Bundes
Europäischer Jugend (BEJ)
Oberösterreichs

NUMMER
MÄRZ 2000
S 10.-, € 0,73
4010 Linz; Postfach 384

2/2000

Linz, 7. Juni 2000: Europa-Landesrat
Dr. Christoph Leitl, Prof. Claus Schöndube
und Bundesobmann der EFB Österreich
Max Wratschgo zum Thema

Föderalismus in der EU – von einem bürokratischen zu einem bürgernahen Europa

Föderalisten stellten schon vor 54 Jahren ihr
Programm zur Verwirklichung der Idee eines
vereinten Europas vor

80 europäische Föderalisten präsentierten bereits am 21. September 1946 ein 12-Punkte-Programm für ein gemeinsames Europa. Noch heute haben die Zielsetzungen, die in diesem Manifest für ein vereintes, föderales Europa festgelegt wurden, ihre Gültigkeit. Unter anderem wurde damals schon mit Weitblick gefordert:

- Die Gründung einer Europäischen Union, die für alle europäischen Völker offen steht.
- Diese Union für den planmäßigen Wiederaufbau und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit sorgt, sowie dafür, dass der technische Fortschritt nur im Dienste der Menschheit verwendet wird.
- In einer Erklärung der Europäischen Bürgerrechte, die auf der Achtung vor dem Menschen beruht, die Rechte und Pflichten der Bürger festgeschrieben werden.

Seit einem halben Jahrhundert tritt somit die Europäische Föderalistische Bewegung



Österreich hat seit Anfang Juli einen neuen Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer. Mit Dr. Christoph Leitl präsentiert ein Europäer der ersten Stunde die Wirtschaft Österreichs. Leitl war in seinen jüngeren Unternehmerjahren Präsident der Jungen Industrie und bringt von dort schon einiges an Erfahrung auf Bundesebene ein. Sein Wirken als Wirtschaftslandesrat in Oberösterreich liest sich wie eine Erfolgsstory. Wir wünschen unserem EFB-Landesobmann viel Freude mit seiner neuen Aufgabe: Glück auf! Dr. Leitl erhielt Anfang Juli d. J. das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes OÖ. Wir Europäer gratulieren dazu sehr herzlich!
Foto: Kremaier

(EFB) für ein geeintes, föderales Europa ein. Durch die Schaffung eines gemeinsamen, europäischen Bundesstaates soll der Frieden in Europa dauerhaft gesichert werden.

Bitte lesen Sie weiter
auf Seite 2



Europatag 2000: 9. Mai in der Linzer Arkade. In Zusammenarbeit mit dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Wien, der EFB OÖ und dem Europahaus Linz gaben sich Europafunktionäre ein Stelldichein für die Passanten und verteilten Informationsmaterial. Da möglichst viele Personen erreicht werden sollten, gab es auch eine einstündige Rundfunksendung zum Europatag. Unser Stimmungsbild zeigt: Während Redakteur Ingo Fuhrich von Radio FRO (1. v. li.) Reg.-Rat Heinz Merschitzka (2. v. li.) für die Radiosendung interviewt, informieren BEJ-Landesobmann Wolfgang Sonne (3. v. li.) und Reg.-Rat Paul Kordik eine interessierte Infostandbesucherin. Foto: Kremaier

Prof. Claus Schöndube und Max Wratschgo als Föderalisten der ersten Stunde mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich ausgezeichnet

Sie gelten als Europäer der ersten Stunde und als unermüdliche Kämpfer für ein vereintes Europa. Der geborene Frankfurter Publizist Prof. Claus Schöndube auf europäischer Ebene und der Feldbacher Max Wratschgo auf österreichischer Ebene setzten sich seit Jahrzehnten für das Ziel eines gemeinsamen europäischen Bundesstaates zur langfristigen Sicherung des Friedens auf dem Kontinent ein.



Bundesobmann Max Wratschgo und Prof. Claus Schöndube erhielten als Anerkennung für ihren europäischen Einsatz aus den Händen von Landeshauptmann-Stv. Dr. Christoph Leitl im Linzer Landhaus das goldene Verdienstzeichen des Landes Oberösterreich. Wir gratulieren sehr herzlich!
Foto: Kremaier

Am Beginn des 21. Jahrhunderts ist ein Großteil der damals visionären Ziele verwirklicht

- Frieden in den Mitgliedsländern der EU wurde gesichert.
- Erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung wurde eingeleitet.
- Mitgliedschaft Österreichs im Europarat (1956) und in der EU (1995) erreicht.
- Die Einhaltung der Menschenrechte wird durch die europäische Menschenrechtskonvention und den eigens geschaffenen Europäischen Gerichtshof (1950) gewährleistet.
- Gründung der EWG und Montanunion, bis hin zur EU-15 und Einführung des Euro.
- Abbau der Grenzkontrollen innerhalb der Mitgliedsstaaten und Vollendung des Binnenmarktes (1993).
- Einleitung der Demokratisierung der EU, vor allem durch Direktwahlen zum Europäischen Parlament (erstmalig 1979).
- Erste Schritte in Richtung gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik.

Oberösterreich und die EFB leben ein bürgernahes Europa bereits vor

Auf den ersten Blick abstrakte Themen – wie die Einführung des Euro oder die EU-Erweiterung – müssen auf einfache Weise dem Bürger nahe gebracht werden.

- Durch die Installierung des Netzwerkes der Info-Points Europa hat jeder Oberösterreicher die Möglichkeit, sich umfassend und bürgernah über die Zielsetzungen des vereinten Europas zu informieren.
- Mit der Gründung der Eufregios im Mühl- und Inn-



viertel wird nicht nur grenzenlose Zusammenarbeit gelebt, sondern echter wirtschaftlicher Nutzen und bürgernahes Europa erzielt.

- Im Rahmen zahlreicher EU-Austauschprojekte mit Lehrlingen, Schülern, Studenten, Wirtschaftskooperationen und Städtepartnerschaften rückt Europa immer näher zusammen.
- Viele private Organisationen, wie insbesondere die EFB, sorgen in Veranstaltungen, Ausstellungen oder Zeitschriften dafür, dass die EU immer greifbarer wird.

Europäische Verfassung als Grundlage für ein bürgernahes Europa

Die Debatte um eine europäische Verfassung ist bereits – nicht zuletzt durch die Initiative der EFB – in Gang gekommen. Nicht die Frage nach einem förmlichen Regelwerk ist wichtig, sondern entscheidend ist vielmehr, ob die bestehenden Regeln sinnvoll, transparent und klar sind. Sie müssen von den Menschen verstanden werden und Ihnen Identität und Orientierung geben. Dazu gehören auch

die gemeinsamen europäischen Grundwerte.

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament haben einmal mehr gezeigt, dass die Menschen in Europa sie noch nicht als ihre Sache begriffen haben. Es zeigt vor allem noch von der Einstellung, Europa und europäisches Recht kommt von außen. Wollen wir dem begegnen, müssen wir den Menschen ein klares, verständliches Bild von Europa verschaffen.

Ist die derzeitige politische Kompetenzverteilung im Sinne eines Europas der Regionen noch zeitgemäß?

Eine nach außen starke und nach innen, zwar auf die Gesamtheit bedachte, vielgestaltige Union bedarf einer funktionierenden Gewaltenbalance seiner Institutionen und Organe, in der folgende Ebenen eingebunden sind:

- die europäische Ebene
- die Nationalstaaten
- sowie die Regionen

Die Europäische Kommission ist die – notwendige – Exekutive in Europa. Sie könnte zu einer wirklichen eu-

ropäischen Regierung ausgebaut werden.

Dem Europäischen Parlament, das schon jetzt nach dem Amsterdamer Vertrag in mehr als 80 % aller Fälle gleichberechtigt mit dem Ministerrat mitentscheiden kann, kommt die Aufgabe der Legislative zu.

Ergänzend dazu sollte der Ausschuss der Regionen als zweite legislative Kammer aufgewertet und mit Mitentscheidungsrecht in allen wichtigen regionalpolitischen Fragen ausgestattet werden.

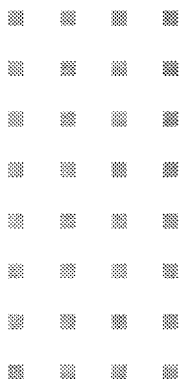
Neu zu definieren wäre die Rolle des Rates! Es stellt sich die Frage, ob er noch gebraucht wird, wenn die Kommission zu einer Regierung ausgebaut wird. Gegen die Abschaffung spricht, dass er das Sprachrohr der Mitgliedsstaaten ist und in ihm kleinere Mitgliedsstaaten über ein – im Verhältnis zu ihrer Größe – stärkeres Gewicht verfügen.

Gestärkter Ausschuss der Regionen als effizientes Sprachrohr für ein bürgernahes Europa

Mit einer Aufwertung des Ausschusses der Regionen würden Oberösterreich und alle anderen europäischen Regionen über ein noch effizienteres Sprachrohr in der EU verfügen.

Damit wäre vermutlich gewährleistet, dass die Sorgen und Anliegen der Bürger Europas noch stärker in die Weiterentwicklung des gemeinsamen Hauses Eingang finden würden.

Ohne ein föderales Europa und ein Europa der Regionen läuft die EU Gefahr, dass sie noch mehr den Bezug zu ihren Bürgern und damit jenen Menschen verliert, die dieses Gebilde leben sollen.



**BAWAG –
durch die Bank
besser.**

www.bawag.com



LR Mag. Wolfgang Sobotka:

„Erfolgskriterien auf dem Weg zur Top-Ten-Region“

Standortsozialisation

Der Erfolg einer Region ist stark vom Potential und den Wertvorstellungen der Menschen, die den Standort prägen, beeinflusst. Werte, Glaubensüberzeugungen und Verhaltensweisen bestimmen die Richtung für ökonomische, kulturelle und politische Trends.

Die Grenzregionen spüren nicht allein die Auswirkungen der Ostöffnung, sondern es findet ein weit reichender wirtschaftlicher Strukturwandel (Stichwort Globalisierung), begleitet von Stellenabbau und Industrieabwanderung, statt.

Diese Situation erfordert Mut zum Loslassen von Altem und Mut zum Experiment, um neue Wirtschafts- und Dienstleistungsstrukturen aufzubauen, d. h. neue Branchen, andere Unternehmensformen oder die neue Art der Selbstständigkeit zu fördern.

In einer Zeit des grundlegenden Wandels – von der

Industrie- zur Informationsgesellschaft, vom Grenzland zum Kernland – bilden Optimismus und ein ausgeprägtes Selbstwertgefühl ein wichtiges Fundament für die Entwicklung einer Region.

Standortwettbewerb

Im Standortwettbewerb mit den Reformstaaten ist die Ansiedlung neuer Betriebe in den nö. Grenzregionen durch das enorme Gefälle bei den Sozial- und Umweltstandards äußerst schwierig. Weit bessere Chancen hat der Ausbau bestehender Betriebe bei einer konsequenten Beseitigung von Expansionshemmnissen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird dort stattfinden, wo die Rahmenbedingungen am attraktivsten sind, wie etwa

■ durch den Ausbau einer hochleistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur im regionalen und gesamteuropäischen Kontext,

■ durch Maßnahmen zur Innovationsförderung, wie

Clusterbildung und Networking, Kompetenzzentren und grenznahe Sonderwirtschaftsparks oder Attraktivierung bestehender Tourismusbetriebe und Erlebniswelten, ■ durch Innovation in der Berufsausbildung und Weiterbildung (Internationalisierung der Mitarbeiterschaft sowie Versiertheit in den neuen Technologien).

Die Chancen der Grenzregionen liegen darin, jene Güter zu produzieren, die in den Billiglohnländern nicht erzeugt werden können. Dies gilt sowohl für Gewerbe und Dienstleistungen als auch für die Landwirtschaft. Dabei ist Kreativität und Innovation erforderlich, um Marktnischen zu erkennen und sich mit neuen Produkten im internationalen Umfeld zu positionieren.

Arbeitsplätze werden nicht von der Politik oder den Gemeinden geschaffen, sondern von den Unternehmern. An der Politik liegt es, mit einer aktiven Standortpolitik die er-



Foto: Kremaier

forderliche Unterstützung zu gewährleisten.

Gerade in den niederösterreichischen Grenzregionen kommt es darauf an, für bestehende Unternehmen die Standortvorteile gegenüber der Konkurrenz in den MOEL zu verbessern und diesen damit den Verbleib bzw. die Expansion in der Region zu erleichtern. Auch für Unternehmensneugründungen sind jene Voraussetzungen zu bieten, die eine Ansiedlung in der Region begünstigen.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, aber wir haben noch viel vor.



Der Ziegel war die Basis für innovative Bauprodukte.

Energiebewußt bauen mit innovativen Produkten von Leitl

Leitl

Bewußt bauen, besser leben

Bauhütte Leitl-Werke, A-4040 Linz, Karl-Leitl-Straße 1
Telefon (0732) 22 66, Fax (0732) 22 66 - 199

2. Mai 2000: Festsaal der Diplomatischen Akademie, Wien

Univ.-Prof. Dr. Gilbert Trausch:

50 Jahre Europäische Integration

Gedanken zur Präsentation des Schuman-Planes am 9. Mai 1950
(Zusammenfassung)

Die große Bedeutung des auf eine französische Initiative zurückgehenden Schuman-Plans liegt aus heutiger Sicht vor allem in der Einführung des Prinzips der Supranationalität. Auch die darin vorgesehenen Institutionen stellten die Basis für die heutigen dar. Die Zukunft wurde in einem „Vereinten Europa“ gesehen.

Die Europäische Gemeinschaft gründete sich folglich auf Mythen, aber ebenso auf Fakten.

1930 hatte es den Aufruf Aristide Briands gegeben, „... **de former les Etats Unis d'Europe**“ (Dieser Begriff war bereits 1849 von Victor Hugo gebraucht worden.) Dieser eher vage Aufruf verlangte also einen europäischen Bundesstaat.

1950 forderte Robert Schuman ein vereintes Europa und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Im Unterschied zu Briands Forderungen, war dies nun ein präziser Plan, der zwar beschränkt, aber durchaus praktisch ausgerichtet war.

Zwischen den beiden Plänen lag der Zweite Weltkrieg. Einen weiteren Stimulus für die nunmehrige Einigung Europas stellte der Kalte Krieg dar. Nach 1945 war der Nationalstaat geschwächt, jedoch nicht überwunden. Überwunden schienen allerdings der Chauvinismus.

1950 gab es drei große Organisationen, die versuchten, Europa zu einen. Einerseits die aus dem Marshall-Plan hervorgegangene OEEC, zweitens der Europarat und drittens die NATO. Während es in den beiden ersten – im herkömmlichen Sinne internationalen – Organisationen, zu keinerlei Übertragung von Hoheitsrechten kam, wies die

NATO zwar einen gewissen Grad an Integration auf, stand jedoch unter der Ägide der USA. Jean Monnet betonte daher, dass man bisher keinerlei reellen Fortschritt in Richtung eines Vereinten Europa gemacht hätte.

Der EGKS-Plan wurde erst in der 9. Version angenommen. Er war einerseits durch Bescheidenheit gekennzeichnet, da er keine Wirtschaftsunion beanspruchte, sondern sich nur auf die Bereiche Kohle und Stahl beschränkte. (Erst zwei Jahre zuvor war der Plan einer Wirtschaftsunion zwischen Italien und Frankreich gescheitert.) Andererseits war er dahingehend ein ehrgeiziger Plan, als er eine Hohe Behörde für Kohle und Stahl mit supranationalen Befugnissen vorsah.

Diese Absichten und Ziele konnten zum damaligen Zeitpunkt allein durch Frankreich verwirklicht werden, da England nicht handeln wollte und Deutschland handlungsunfähig war. Der Plan wurde also ohne deutsches Wissen und ohne deutsche Beteiligung ausgearbeitet.

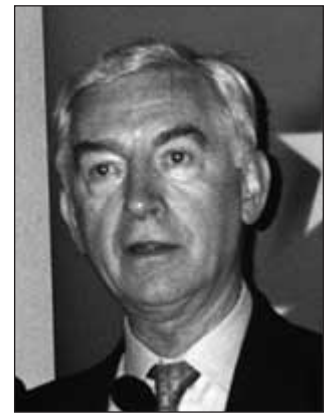
Die Zielsetzung bestand in einem in Frieden geeinten Europa („... **servir la paix** ...“), und stellte einen Stabilitätsfaktor für Westeuropa dar. Krieg musste undenkbar und faktisch unmöglich werden.

Der Schuman-Plan war also der erste Schritt zu einer europäischen Einigung, zu einem europäischen Aufbau – „**la première étape à la construction d'une fédération européenne** ...“ Der französische Begriff der „fédération“ ist jedoch doppeldeutig: Er kann einerseits einen Staatenbund oder auch einen Bundesstaat bedeuten, und ließ daher offen, welches Europa man anstrebte.

Monnet und Schuman waren Pragmatiker und versuchten folglich die Durchsetzung über die Politik. Es gab auch praktisch hochpolitische Ziele und Probleme – so zum Beispiel die deutsche Frage. Welche Zukunft gab es für die zwei Staaten mit beschränkter Souveränität? In jedem Fall mussten für das Wirtschaftswunder Deutschland die Beschränkungen wegfallen. Frankreich, das sich noch in einer Machtposition befand, musste daher schnell handeln. Die deutsche Wiedervereinigung (die auch als Absichtserklärung im deutschen Grundgesetz formuliert war) stellte ebenso ein Problem dar wie die Gefahr, dass das westliche Deutschland nach Osten abdriften könnte. Eine intergouvernementale Organisation war nicht dafür geeignet, „... **de fixer l'Allemagne à l'ouest** ...“, stattdessen musste eine neue Organisation geschaffen werden.

Frankreich selbst wiederum litt unter den Schwierigkeiten der Modernisierung. Man meinte besiegt worden zu sein, weil man nicht modern genug war. Die BRD diente französischen Staatschefs von De Gaulle bis Mitterrand als Modell eines modernen Staates. Jean Monnet fungierte sogar einige Zeit lang als „Modernisierungskommissar“. Der Schuman-Plan bedeutete auch eine Öffnung der französischen Montanindustrie in Richtung der deutschen und war im Grunde ein „deuxième plan Monnet“. Monnets Ziele waren zuvor jedoch im nationalen Plan nicht erreicht worden.

Die Hohe Behörde sollte die nationalen Interessen gegenüber unabhängig sein (e. g. die Parlamente um-



gehen können), und so beispielsweise Frankreich den Zugang zu Ruhr-Kohle ermöglichen (was bisher – im Vertrag von St. Germain – misslungen war). Frankreich wollte so wieder den Rang einer Großmacht erreichen. Dieses „Leadership“ Frankreichs wurde von den USA unterstützt, obwohl man für diese Rolle eigentlich Großbritannien favorisiert hatte, das jedoch nicht bereit war, sich kontinental zu engagieren. Nicht zuletzt gab auch die Atombombe Frankreich die Glaubwürdigkeit, sich gegenüber Deutschland behaupten zu können.

Seit Ende des Kalten Krieges wirkt die französische Außenpolitik verunsichert und hat keine klare Linie mehr. Es stellt sich folglich die Frage, ob nun Deutschland das Leadership in Europa übernehmen wird. Europa war für Frankreich also zugleich Ziel und Instrument.

Die Bedeutung des Schuman-Plans für das heutige Europa liegt vor allem darin, dass er die Wiege der Europäischen Gemeinschaft bildete. Diese wurde eigentlich am 9. Mai 1950 geboren und nicht erst mit den Römischen Verträgen von 1957. Von Anfang an gab es darin den Gedanken der Supranationalität – und dieser bot auch den Stein des Anstoßes in den Verhandlungen zwischen den Staaten –, und es sollte folglich zu einer Übertragung von Hoheitsrechten kommen. Die Römischen Verträge beinhalten dies nicht, und weitere Schritte in diese Richtung erfolgten erst durch die Vertragsrevision

Keine Sorgen **Oberösterreichische**
Versicherung AG

von Maastricht sowie die Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Das vorgesehene Modell der Institutionen wurde auf vier Standbeinen errichtet: Hohe Behörde (haute autorité) mit supranationalen Befugnissen (die heutige Kommission), Rat, Parlament und Gerichtshof (schon damals war eine Berufungsmöglichkeit vorgesehen). Ein Ministerrat, als Gegenstück zur Hohen Behörde, wurde von den Niederlanden von Anfang an gefordert. Die Franzosen jedoch wollten keinen Ministerrat und Monnet musste nachgeben. Die kleinen Staaten hatten Angst vor der Supranationalität, da sie jenseits der traditionellen Kooperation stand. Das Parlament, das damals teilweise nur „Alibi“ war, wurde zur demokratischen Legitimierung der Institutionen eingeführt. Die Undurchschaubarkeit des Entscheidungsprozesses und das heute viel kritisierte „Demokratiedefizit“ gehen ebenfalls auf damals zurück.

Da es in den Verhandlungen eine Reihe von Schwierigkeiten gab, wurde Schumans Originalkonzept verändert. Alle – damals sechs – Länder wollten in der Hohen Behörde

vertreten sein, und auch deren Zusammensetzung (große Länder zwei Vertreter, kleine Länder einen) geht auf damals zurück. Die Nationalstaaten mussten also Konzessionen machen, erfuhren jedoch eine Wiedererstarkung durch andere Kompetenzen. Nach 1945 war der Nationalstaat gezwungen, sich zu verändern. Der Misserfolg einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – die auch eine Europäische Politische Gemeinschaft mit sich hätte bringen sollen – zeigte, dass Europa nicht bereit war zu politischer Integration. Es scheint offen zu bleiben, ob es das heute ist.

Für Monnet war der Nationalstaat überholt, er hatte offenbar keine geschichtliche Perspektive. Dieser Mann blickte in die Zukunft: sein letztes Ziel war eine Welt, in der „... les compartiments nationaux n'existent plus ...“.

Schuman hingegen war realistischer in der Beurteilung des Nationalstaates. Er meinte, man solle die Supranationalität nicht übertreiben, aber deren Macht in extremen Fällen einschränken. Die Nationalstaaten jedoch sollten bleiben. (Sabine Hybašek)

Gold für Bundesobmann Max Wratschgo

Im Rahmen des Europaforums Neumarkt erhielt Bundesobmann Max Wratschgo am 15. Juli 2000 aus der Hand vom Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Dr. Christoph Leitl, die Goldene Ehrennadel der EFB.

Wir Europäer gratulieren dazu sehr herzlich.



Oberbank
3 Banken Gruppe



Holz und Alu im Gespräch



Drinnen hat man's gemütlich. Und freut sich am natürlichen Holz. Auch draußen hat man's gemütlich. Weil Alu alles so komfortabel macht. Eine einzigartige Kombination. Unübertroffen wetterfest und schön.

Josef Wick & Söhne, 4655 Vorchdorf, Feldham 57, Tel. 07614/7351-0, Fax DW 160
Erhältlich im guten Fachhandel!

wicknorm®

Dialog

D A S H O L Z - A L U F E N S T E R

Zur Meinungsvielfalt beitragend und im Sinne des Geistes des Föderalismus veröffentlichen wir diesmal eine Resolution des Gemeinderates der Marktgemeinde Wilhering vom 30. Mai 2000 zu

„Österreich in Europa“



Gemeinsam mit engagierten Österreicherinnen und Österreichern und überzeugten Europäern wendet sich der Gemeinderat von Wilhering gegen die derzeitige Behandlung unseres Landes und seiner Bevölkerung.

Aus nationaler Würde und europäischer Gesinnung treten wir für folgende Ziele ein:

1. Dass die bilateralen Sanktionen der 14 EU-Staaten gegen Österreich umgehend aufgehoben werden, um weiteren Schaden von Österreich aber auch von der EU abzuwenden,

2. dass durch die Rückkehr zu vernunftbestimmtem Verhalten zu einer Beruhigung des politischen Klimas im In- und Ausland beigetragen wird,
3. dass die innenpolitische Auseinandersetzung in Österreich von der Straße ins Parlament verlagert und die bewährten Prinzipien unserer parlamentarischen Demokratie weiterhin befolgt werden. Das freie Demonstrationsrecht ist unbestritten, jedoch sollte Dialog an die Stelle von Gesprächsverweigerung treten.

Wir stellen fest:

- Österreich hat sich in seiner demokratischen, seit Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffenen Substanz nicht verändert.
- Der Wechsel von einer Koalition zu einer anderen ist ein normaler demokratiepolitischer Vorgang, der zur Kenntnis zu nehmen ist.
- Österreich hat innerhalb der EU die schärfsten Anti-Nazi-Gesetze. Auf Grund der geltenden österreichischen Rechtsordnung darf es keine rechtsextremistische Partei geben. Wäre eine solche Partei angetreten, hätte sie verboten werden müssen. Der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) ist kein Verstoß gegen das Verbotsgesetz 1947 „Wiederbetätigungsgesetz“ nachzuweisen.
- Österreich rangiert bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit nach dem neuesten Bericht des Europäischen Parlaments im Spitzenfeld.
- Österreich kennt – von Einzeltättern abgesehen – keine gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ausländer oder Minderheiten. Die überwiegende Mehrheit der Österreicher schätzt die Beiträge von Ausländern. Österreichs Integrationskraft für Ausländer und Minderheiten ist überdurchschnittlich stark.
- Österreich ist bis heute ein großzügiges Aufnahmeland für Flüchtlinge und Asyl-

lanten geblieben (1956: 214.000 Flüchtlinge aus Ungarn; 1968: Zehntausende Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei; über mehrere Jahre Transit für 367.000 Juden aus der Sowjetunion; in den neunziger Jahren Hunderttausende von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien).

- Österreich verzeichnet einen Ausländeranteil von 9,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Mit 17 Prozent legalen Ausländern aus Nicht-EU-Ländern erreicht Wien höhere Werte als die meisten europäischen Metropolen. Österreichs Bevölkerung ist besonders spendenfreudig: Allein durch die Aktion Nachbar in Not wurden 1,7 Milliarden Schilling (123,5 Mio. Euro) für die Balkanregion aufgebracht.

■ Österreich ist nach wie vor ein bewährtes Mitglied der Völkergemeinschaft. Die österreichische Bevölkerung bekennt sich uneingeschränkt und aus freien Stücken zu den Werten der Europäischen Gemeinschaft (mit 67 % für den Vollbeitritt zur EU und bis heute – trotz Sanktionen – mit gleichbleibend hohem Mehrheitsanteil).

Auf Grund dieser Feststellungen erwarten wir:

- von den EU-Partnern: Die Einsicht, dass ihre Sanktionen gegen internationale Konventionen und gegen den durch das Solidaritätsgebot der Union auferlegten Respekt vor Partnerstaaten und deren Souveränität verstoßen. Ein Interventionsrecht der Staatengemeinschaft lässt sich nur nach schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen ableiten. Österreicher empfinden die Sanktionen als Willkürmaßnahmen ohne korrektes Verfahren, ohne Anhörung, also ohne Fairness (was den Regeln der Europäischen Menschenrechtskonvention widerspricht). Österreich bedarf

Leserbrief aus dem Ländle

Im Sinne einer offenen und pluralistischen Berichterstattung hatten wir in der Ausgabe WE 1/2000 eine Entschließung des Vorstandes der Europäischen Bewegung Österreichs vom 4. Februar 2000 veröffentlicht.

Viele Leserinnen und Leser können diese Entschließung nicht billigen und verurteilen die Veröffentlichung durch unser Organ.

Frau Dr. Grete Rhomberg findet die Behandlung Österreichs durch die EU demokratiepolitisch bedenklich.

„Österreich muss die Freiheit haben, sich die Zusammensetzung einer Bundesregierung ohne Einmischung von außen autonom bilden zu können. Österreich trägt als Nettozahler viel für die EU bei und hat diese Sanktionen nicht verdient. Die FPÖ ist eine demokratische Partei und ist durch Wählervotum zur zweitstärksten Kraft in Österreich geworden. Die EU hat den Wählerwillen zu akzeptieren, ebenso wie die SPÖ.“

Europa macht Schule 2000

Im Landesschulrat für Oberösterreich wurden am 4. Juli 2000 die oberösterreichischen Preisträger des europäischen Schülerwettbewerbes „Europa macht Schule 2000“ ausgezeichnet.

Zum Thema „Mitreten, Europa beleben, Europa bewegen“ reichten 324 oberösterreichische Schülerinnen und Schüler im Bereich „Zeichnen, Malen, Medien“ Arbeiten ein.

Der Großteil der Einreichungen stammt aus dem AHS-Bereich, doch es hat auch eine Volksschulklasse mit Schwerstbehinderten einen Landespreis erhalten.

Oberösterreich verzeichnete unter allen Bundesländern die größte Anzahl an Einreichungen.

Landesschulratspräsident Dr. Johannes Riedl eröffnete die Ausstellung der prämierten Arbeiten im Landesschulrat für Oberösterreich und übergab den 44 Landessie-

gern Urkunden und Gutscheine der Buchhandlung Amadeus in der Höhe von je 400 Schilling. Die Ausstellung im Erdgeschoß des Landes-schulrates kann den ganzen Sommer über zu den Amtszeiten besichtigt werden.

Unter den Landessiegern befanden sich auch einige Bundessieger, deren Bilder mit Goldmünzen und Reisen belohnt wurden:

Patrick Oyrer, BG Enns; Caroline Halbauer, Martin Schmid, Philipp Schmoll, Philip Worthing-Smith, Esther Wöckinger, Michaela Schüller, Michael Hagn (alle BR/BRG Wels, Anton-Bruckner-Straße).

Die entstandenen Bilder zu „Mitreten, Europa beleben, Europa bewegen“ spiegeln die vielschichtige Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit der Thematik wider und weisen auf eine hohe Sensibilität in diesem Bereich hin.

weder besonderer Kontrollen, noch einer fragwürdigen Umkehr der Beweislast.

■ **von der Regierung:** Die konsequente Umsetzung der Politik, wie sie in der von den Regierungsparteien unterzeichneten Präambel über den Verhaltenskodex gegenüber der EU – damit im Widerspruch stehende Äußerungen Einzelner sind zu unterlassen! – festgelegt ist sowie eine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit (Opfer-Täter-Rolle). Zu den Erwartungen zählt auch, längst fällige Reformen rasch durchzuführen. Österreichs Interessen in und an der EU sollen ebenso nachdrücklich wie würdevoll vertreten werden. Gemäß den historischen Vorgaben Österreichs und seiner eigenen Interessen soll sich die Regierung unmissverständlich zur Osterweiterung bekennen.

■ **von der Opposition:** Dass sie durch konstruktive Politik notwendige Reformen nicht grundsätzlich blockiert und bei der Vertretung nationaler Interessen mitwirkt.

■ **von allen Medien:** Korrekte, auf genauen Recherchen beruhende Berichterstattung über die tatsächlichen Verhältnisse in Österreich und nicht die Verbreitung vorgefasster Meinungen.

■ **von den Staatsbürgern:** Dass sie sich von jeder Art von Rechtsradikalismus und Linksradikalismus sowie deren Mitläufern distanzieren und den „Krieg der Worte“ durch Vernunft, Besonnenheit und Sensibilität ersetzen. Nur wenn alle bereit sind, die politischen Differenzen nicht so weit ausufern zu lassen, dass der Zusammenhalt der Gemeinschaft zerbricht, werden wir die Integration Europas schaffen. Wir Österreicher – in Druck und Gegendruck erfahren – sind dazu bereit. Der Kraft der Vernunft vertrauend, stehen wir uneingeschränkt zu den Verpflichtungen, wie sie aus der Volksabstimmung pro EU im Jahre 1994 unter dem Motto „Wir sind Europa“ abzuleiten sind.

VOEST-ALPINE STAHL unterwegs zu neuem Rekord

Trotz Stahlkrise besseres Ergebnis im abgelaufenen Jahr

Wien. Die VOEST-ALPINE STAHL AG ist im abgelaufenen Geschäftsjahr zum relativ erfolgreichsten Stahlkonzern Europas geworden. „Wir sind in allen Ergebnis-Kennzahlen besser als die Mitbewerber“, kann sich der Vorsitzende des Vorstandes, Peter Strahammer, freuen. Mit diesem tollen Ergebnis in einem eigentlich schlechten Stahljahr gestärkt, ist der Linzer Stahlkonzern in diesem Jahr dabei, das Rekordergebnis des Jahres 1995 einzustellen.

Trotz des schwachen Stahljahres in den ersten Monaten 1999 konnte der österreichische Stahlkonzern in dem Ende März abgeschlossenen Geschäftsjahr 1999/00 den Umsatz auf 37,3 (35,5) Mrd. S und das EGT auf 2,2 (2,02) Mrd. S steigern. Die wichtigste betriebswirtschaftliche Kennzahl, der Betriebserfolg vor Steuern und Abschreibungen (EBITD) erreichte mit fast 4,9 Mrd. S das Vorjahresniveau.

Im laufenden Geschäftsjahr spielt auch die Konjunktur mit. „Seit vorigem Sommer haben wir in jedem Quartal Preiserhöhungen von fünf Prozent vornehmen können“, sagt der Vorsitzende des Vorstandes der VOEST-ALPINE STAHL AG, Peter Strahammer. „Das hält zumindest bis Ende des Jahres an.“

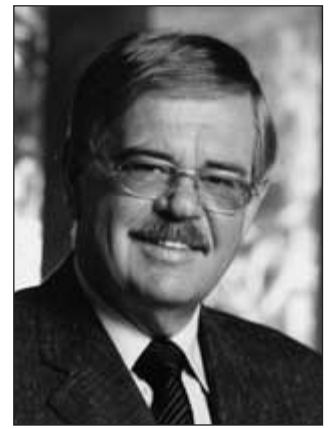
Neues Stahlwerk

Die VOEST-ALPINE STAHL verfolgt neben dem gut laufenden Geschäft weitere Pläne: Bis Ende des Jahres will sie entscheiden, ob und wo sie ein sogenanntes Kompakt-Stahlwerk bauen wird. Fünf bis sechs Standorte in Nord- und Südeuropa stünden zur Auswahl, alle in Meeresnähe. Das Werk soll eine Kapazität von 1,2 Mio. Tonnen haben, die auf 2,4 Mio. Tonnen verdoppelt werden soll. 450 bis 900 Mitarbeiter sollen in diesem neuen Werk beschäftigt werden. Die Bauzeit ist mit drei Jahren veranschlagt.

In Linz und Donawitz sei man an die Kapazitätsgrenze gestoßen, begründen die Manager der VOEST-ALPINE STAHL diesen Schritt. An beiden Standorten werden zusammen rund fünf Mio. Tonnen Lang- und Flachprodukte produziert. Dieser Rekordausstoß konnte erstmals nach verschiedenen Investitionen in die beiden Stahlwerke in Linz und Donawitz erreicht werden.

Zahlreiche Aktivitäten in Planung

Die Stahl-Manager planen darüber hinaus, auch in e-commerce einzusteigen. Bereits in den nächsten Wochen soll eine e-commerce-Plattform präsentiert werden. Dabei soll ein vir-



tueller Marktplatz für den Handel von Stahl kreiert werden. Ab Herbst wird weiters ein mit 250 Millionen Schilling dotierter, konzerneigener Venture Capital-Fonds aktiv. Ein Fonds-Management soll Geschäftsideen in industriellen und industrienahen Technologien und Dienstleistungen unterstützen und sich an Unternehmensgründungen beteiligen. Spätere Börsengänge sind erwünscht.

Die VOEST-ALPINE STAHL AG erhofft sich damit weitere „Goldgriffe“, die dem Konzern schon im Vorjahr gelungen sind. Die Abgabe von 50 Prozent der Stahlrohr-Tochter in Kindberg an den amerikanischen Öl- und Gasfeldrohr-Anbieter Grant Predico etwa führte dazu, dass die Auslastung und die Ergebnisse des Unternehmens anstiegen. Der im Jänner 2000 erworbene US-Profilhersteller Roll Forming Corporation öffnete den Markt in Amerika. Auch erfolgte kürzlich eine Beteiligung an einem Anarbeitungszentrum in Deutschland, das die Bedienung der Kunden vor Ort erleichtert.

gemäß IAS	1998/99 in Mio. ATS	1998/99 in Mio. Euro	1999/2000 in Mio. ATS	1999/2000 in Mio. Euro
Umsatz	35.528	2.581,9	37.313	2.711,7
Betriebserfolg vor Abschreibungen – EBITD	4.907	356,6	4.875	354,3
Betriebserfolg – EBIT	2.309	167,8	2.105	153,0
Jahresüberschuss	1.491	108,4	1.774	128,9
Rohstahlerzeugung (in Mio. Tonnen)	4,70		4,79	
Beschäftigte per 31.3.00 (ohne Lehrlinge)	16.179		15.228	
Dividende*	16,51	1,20	16,51	1,20

* Vorschlag an die Hauptversammlung

Exposé: „Europäische Festtage“ 1.–9. Mai per anno

In Anbetracht der Tatsache, dass die europäische Einigungsidee in Österreich sowohl bei der Bevölkerung als auch teilweise bei den Politikern nicht die notwendige Akzeptanz gefunden hat (nur 49 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an den Europawahlen 1999), wäre es wichtig, jährlich wiederkehrend die Europaidee mit allen ihren politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten bei den Bürgern Europas zu vertiefen.

Es ist festzustellen, dass Misswirtschaft, Korruption und nationaler Dünkel in der EU das Vertrauen der Mitgliedsstaaten in die Gemeinschaft schwer erschüttert haben. Daher ist es unumgänglich notwendig, mit den positiven Kräften Europas den negativen Kräften und Aspekten energisch entgegenzutreten, um das Vertrauen der EU-Bürger wieder herzustellen. Man kann der EU-Kommission in Brüssel nicht die alleinige Schuld an der derzeitigen Misere geben. Die nationalen Regierungen sind die Hauptbremser und die Boykottierer der Europäischen Gemeinschaft. Alle europäischen Regierungen tragen schwer an ihrer nationalen Geschichte, die wie ein Bleiklotz ihre geistigen und praktischen Europaaktivitäten behindert. Bedauerlicherweise sind viele Politiker bereit, den Chauvinismus und Fremdenhass ihrer Völker zu akzeptieren und zu fördern!

Die Europäische Föderalistische Bewegung Österreichs und der Bund Europäischer Jugend Österreichs schlagen im Einvernehmen mit der Informationsstelle der Europäischen Union und des Europaparlaments in Österreich Folgendes vor:

Die „Europäischen Festtage 1.–9. Mai“ sollen einen jährlichen Schwerpunkt darstellen, der den Völkern der EU die geistige Vertiefung eines „Vereinten Europa“ als wahre Idee des Friedens und der tatsächlichen Völkerverständigung bringen möge. Veran-

staltungen kultureller, wissenschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und sportlicher Art können das Verständnis der Integration Europas vertiefen, wobei auch das Thema „Verfassung für Europa“ zu behandeln ist.

Warum „Europäische Festtage 1.–9. Mai“ per anno?

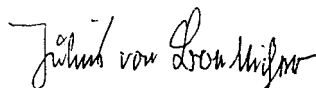
Der 1. Mai soll als Tag der Arbeit vom Europäischen Gewerkschaftsbund, dem ÖGB und der Arbeiterkammer wahrgenommen werden, um die Probleme der europäischen Integration ihren Mitgliedern und Freunden darzustellen.

Der 5. Mai wird in Österreich seit vielen Jahren als Gründungstag des Europarates festlich begangen (z. B. Ansprache des Bundespräsidenten).

Der 9. Mai als Festtag der EU soll sogar als Feiertag in den Jahreskalender eingehen (Vorschlag Dr. Schüssels in Alpbach 1999).

Da die aktiven Europäer und verantwortlichen Politiker sowie die Abgeordneten im Europaparlament an einem Tag nicht überall auftreten können, ist es sinnvoll, diese Tage jedes Jahr in besonderer Weise Europa und seinen Anliegen zu widmen. Die Kosten für diese Veranstaltungen wären von den betroffenen Organisationen budgetmäßig zu veranschlagen.

Von den angesprochenen Organisationen und Behörden erbitte ich eine Stellungnahme zu unseren Vorschlägen.



Julius von Boetticher

IMPRESSUM:

Offenlegung: Grundlegende Richtung von „Wir Europäer“ ist die Förderung aller Bestrebungen zur friedlichen Integration Europas.

Medieninhaber: Europäische Föderalistische Bewegung und Bund Europäischer Jugend OBER-ÖSTERREICH.

Herausgeber:

Vorstand der EFB OÖ.
Verlagsleiter: Dr. Franz Seibert

Redaktion: Dr. Franz Kremaier,
Josef Bauernberger,
alle 4010 Linz, Postfach 384.

Satz und Repros:

Manfred Prehofer, 4072 Alkoven

Druck:

Gutenberg-Werbering GmbH., Linz



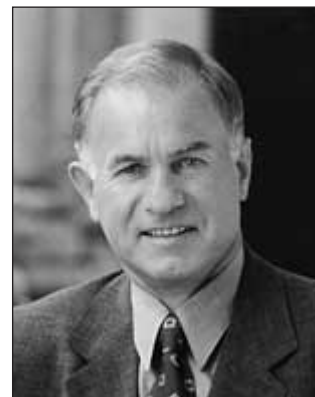
Überreichung des Großen Ehrenzeichens für Verdienste um die Wirtschaft der Landeshauptstadt Linz an Herrn Direktor Kommerzialrat Adolf Mastny durch Herrn Bürgermeister Dr. Franz Dobusch am 22. Mai 2000 im Alten Rathaus, Gemeinderatssaal. Wir Europäer gratuliert sehr herzlich!

Vorsitzender des Europahauses Linz

LH-Stv. a. D. Fritz Hochmair mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen des Landes OÖ. ausgezeichnet

Durch seine Verdienste für das Land Oberösterreich und den Einsatz für Europa hat auf Beschluss der oö. Landesregierung Fritz Hochmair Anfang Mai aus den Händen von Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich erhalten. Wir Europäer gratulieren ihm dazu sehr herzlich.

Landeshauptmann Pühringer würdigte seine Verdienste für das Land Oberösterreich. „Fritz Hochmair hat sich in Ausübung seiner öffentlichen Funktionen besondere bleibende Verdienste um das Ansehen des Landes Oberösterreich und das Wohl seiner Bevölkerung erworben“, so Pühringer. „Für Fritz Hochmair ist immer das Gemeinsame vor dem Trennenden gestanden. Gegensätze in der politischen Arbeit sind ganz normal, es ist aber ent-



scheidend, wie man diese Gegensätze austrägt. Durch die politischen Debatten ist nie das sprichwörtliche ‚oberösterreichische Klima‘ ernsthaft gefährdet gewesen. Durch seinen Stil in der Regierungsarbeit für Oberösterreich hat Hochmair seinen Nachfolgern Spuren und Fährten vorgegeben“, sagte Pühringer in seiner Dankesrede.

Erscheinungsort Linz P.b.b.
Verlagspostamt 4020 Linz
55783L86U

DVR: 064 86 55